

Die Bedeutung professioneller Betreuung und frühzeitiger Förderung kleiner Kinder ist weitgehend anerkannt, die Frage nach deren Ausgestaltung jedoch nach wie vor umstritten.

- 1. Wo sehen Sie einerseits Probleme und andererseits reelle Möglichkeiten zur Verbesserung in der Kinderbetreuung in Bayern?

Die Angebote der Kinderbetreuung in Bayern sind nicht ausreichend und bedarfsgerecht, so lange Eltern, die z.B. aus der Arbeitslosigkeit heraus eine Beschäftigung finden, auf Wartelisten für einen Kita-Platz verwiesen werden müssen. Insbesondere das Angebot an Ganztagsplätzen ist verbreitet nicht ausreichend. Obwohl die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen zur Normalität gehören sollte, werden längst nicht in allen Kindergärten entsprechende Angebot bereitgestellt. Eine Verbesserung der Kita-Angebote kann erreicht werden, wenn die Träger hinsichtlich der Finanzierung wieder mehr Planungssicherheit gewinnen. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Korrektur des BayKiBiG und die Schaffung einer sicheren Finanzierungsgrundlage, die den Trägern ermöglicht, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

- 2. Wie sollte die Förderung einer kindgerechten frühkindlichen Bildung aussehen?

Frühkindliche Bildungsarbeit darf nicht geringer geschätzt werden als schulische Bildungsarbeit. Der Besuch einer Kinderkrippe oder eines Kindergartens sollte deshalb für die Eltern ein kostenfreies Angebot sein, wie der Besuch der Schule. Das pädagogische Personal verdient mehr Anerkennung, feste Arbeitsverträge und eine bessere Bezahlung, die dem Niveau und der Verantwortung ihrer Arbeit entspricht.

- 3. Bis wann sollten diese Maßnahmen umgesetzt werden?

Eine Korrektur des BayKiBiG und die Schaffung einer neuen Kita-Finanzierung ist umgehend erforderlich.

Gewalt, Arbeitslosigkeit, Armut und prekäre familiäre Verhältnisse – vielen Jugendlichen bleibt durch diese Umstände ein Leben als anerkanntes, produktives, nicht nur als Problemfall wahrgenommenes Mitglied unserer Gesellschaft versagt.

- 1. Wie ist das Phänomen der Jugendgewalt zu vermeiden oder damit umzugehen?

Mehr denn je sind die Chancen von Jugendlichen abhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Chancen- und Perspektivlosigkeit sind nicht alleinige Ursache für Jugendgewalt, sie kann sie aber befördern. Anstatt das Jugendstrafrecht zu verschärfen muss die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen verbessert werden.

- 2. Wo und wie sollte und kann die Förderung benachteiligter Jugendlicher verbessert werden? Wie ist eine Chancengleichheit aller im Bereich der Bildung zu schaffen?

Die Förderung benachteiligter Jugendlicher muss bei der Bildung ansetzen. Wir brauchen einen für Kinder und Eltern kostenfreien Zugang zur Bildung, angefangen von der Krippe bis zum Studium. Eine Schule für alle Kinder ist unser Ziel, eine Schule in der jedes Kind willkommen ist und die nicht selektiert und ausgrenzt. Wir brauchen kleine Klassen und einen Ausbau von Ganztagsangeboten. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter müssen an jeder Schule selbstverständlich sein, um Kinder und Familien in schwierigen Lebenslagen frühzeitig beraten und unterstützen zu können.

- 3. Innerhalb welchen Zeitraums wäre das entsprechende Vorgehen zu realisieren?

„Ein Schule für alle“ ist in anderen Ländern längst Realität. Wir brauchen deshalb nicht

weitere Schulversuche und Tests. Die Politik muss endlich die Weichen stellen hin zur Gemeinschaftsschule und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Als Sofortmaßnahme sind Studiengebühren zurück zu nehmen und für bedürftige Kinder eine Schulbeihilfe einzuführen.

Auch die Familien, die Eltern jener Kinder und Jugendlichen sehen sich oftmals großen Anforderungen gegenüber, mit denen sie nicht umzugehen wissen.

- 1. Wo sehen Sie daher Ansätze zu einer Verbesserung der Familienförderung?

Familienförderung ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld benachteiligt deutlich Erwerbslose und BezieherInnen von geringen Einkommen. Alleinerziehende sind heute einem doppelt so hohen Armutsrisiko ausgesetzt wie Elternpaare. Die Politik muss daher Maßnahme ergreifen um die Eltern spürbar finanziell zu entlasten. Dies kann durch eine Erhöhung des Kindergelds und die Bereitstellung von für Eltern kostenfreien Kinderbetreuungsmöglichkeiten geschehen.

- 2. Wie und wann können erziehende und berufstätige Eltern sowie jene, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, effektiv unterstützt werden?

Bereits in der Schule sollten Jugendliche auf eine mögliche Mutter-oder Vaterrolle vorbereitet werden. Das Fach „Erziehungskunde“ ist an den bayerischen Schulen wieder einzuführen. Kitas und Schulen sind personell so auszustatten, dass ausreichend Zeit für Elterngespräche zur Verfügung steht, um gemeinsam Bildungs-und Erziehungsziele festzulegen und gemeinsam daran zu arbeiten.

Angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen, wie dem Geburtenrückgang, der zunehmenden Tendenz zu Single-Haushalten und Kleinstfamilien sowie der hohen geforderten Mobilität im Berufsleben, steht auch die Altenpflege in Deutschland heute vor großen Herausforderungen.

- 1. Wie ist die Pflege an die sich ändernden Bedürfnisse und soziale Situation der zu pflegenden Alten anzupassen?

Pflegebedürftige Menschen müssen ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Die Pflege muss sich daher am individuellen Bedarf orientieren, wobei die persönlichen Wünsche und Gewohnheiten von zentraler Bedeutung sind. Der Begriff der Pflege umfasst mehr als eine Betreuung, die dafür sorgt, dass pflegebedürftige Menschen satt, sauber und trocken sind. Pflege muss sich auch darauf erstrecken, den Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

- 2. Wie kann auf den gesellschaftlichen Wandel und seine Auswirkungen auf die Pflege älterer Menschen reagiert werden?

Angesichts des gesellschaftlichen Wandels ist festzustellen, dass die Übernahme der Pflege durch Familienangehörige abnehmen und die Inanspruchnahme professioneller Pflege-bzw. Assistenzkräfte zunehmen wird. Der Bedarf an gut qualifizierten und motivierten Pflege-und Assistenzkräften wird daher weiter steigen. Um dem gerecht werden zu können, sind die Beruf in der Altenpflege gesellschaftlich und finanziell aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

- 3. Inwieweit können und sollen entsprechende neue Pflegeformen gerade im ambulanten Bereich gefördert und vernetzt werden?

Um die Teilhabe und Selbstbestimmung von pflegebedürftigen Menschen zu gewährleisten, müssen diese das Recht haben, Wohnort und Versorgungsform frei wählen

zu können. Sie sollen wie alle anderen Menschen auch, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld leben können. Der Ausbau ambulanter und alternativer Wohnformen ist zu fördern. Bei der Errichtung neuer Wohnungen ist eine vorausschauende altersgerechte Planung („Design for All“) durch Schaffung entsprechender kostenfrei nutzbarer Beratungsangebote zu unterstützen.

- 4. Wie kann auf diese drängenden Probleme schnellstmöglich reagiert werden?

Ohne eine spürbare Erhöhung der Einnahmen der gesetzlichen Pflegeversicherung wird keine menschenwürdige und gute Pflege möglich sein. DIE LINKE hat daher am 12.03.2008 im Bundestag in einem Antrag ein Sofortprogramm angeregt und die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in der Pflege vorgeschlagen.

Zuwanderung und Integration von MigrantInnen sind in der deutschen Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Themen, die sich vielfach mit denen der Jugend- und Familienpolitik sowie der Armutsbekämpfung überlappen.

- 1. Was sind die Ursachen für die Probleme im Bereich der Integration von Zuwanderern?

MigrantInnen sind für uns keine „Gäste auf Zeit“. Sie gehören zum gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Treten Probleme im Bereich der Integration auf, können die Ursachen hierfür sehr unterschiedlich sein. Sicherlich nicht integrationsfördernd sind MigrantInnen benachteiligende Gesetze, schlechtere Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Arbeitsmarkt und Ausschluss an der Teilnahme von Wahlen.

- 2. Wie müssten angemessene Lösungsansätze aussehen, wie weit sollten diese gehen und bis wann könnten sie umgesetzt werden?

Wer Wert auf eine Integration von MigrantInnen legt, muss deren Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und dieses mitzugestalten, fördern. Hierzu müssen Barrieren beseitigt werden. Dazu gehört auch die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für MigrantInnen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Bei sich zunehmend öffnender Schere zwischen arm und reich werden Probleme wie Kinderarmut und Langzeitarbeitslosigkeit immer drängender.

- 1. Wie lassen sich die zunehmende Armut und Langzeitarbeitslosigkeit mit all den mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Problemen bekämpfen?

Als ein Schritt zur Bekämpfung der Kinderarmut ist eine individuelle und bedarfsorientierte Kindergrundsicherung als eigenständiges soziales Sicherungssystem für alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder einzuführen. Zur Finanzierung sind Spitzengehälter höher zu besteuern und die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Die Arbeitgeber haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und sind von der Politik entsprechend in die Pflicht zu nehmen. Arbeitsplatzvernichtung bei gleichzeitigem Anstieg von Gewinnen darf sich nicht lohnen. Es ist eine Ausbildungsumlage einzuführen. Die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung ist zu fördern. Prekäre Beschäftigungsverhältnissen muss zu Gunsten sozialversicherungspflichtiger fester Anstellungsverhältnisse zurück gedrängt werden. Von Arbeit muss man/frau leben können. Wir brauchen deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 Euro.

- 2. Bis wann könnten entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden?

Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten sofort auf den Weg gebracht werden.

Mit dem steigenden Durchschnittsalter von Behinderten geht ein möglicher

Strukturwandel in der Behindertenbetreuung einher.

- 1. Wie ist auf die Herausforderungen der zunehmenden Lebenserwartung Behinderter und ihren damit einhergehenden besonderen Bedürfnissen in den Bereichen des Wohnens und der Pflege zu reagieren?

Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung und zusätzlichem alters-oder krankheitsbedingtem Pflegebedarf sollen in ihrer gewohnten Umgebung alt werden können. Das gemeindenahe Wohnangebot und die personelle und finanzielle Ausstattung von Diensten und Einrichtungen muss daher bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut werden. Versuche, pflegebedürftige Menschen mit Behinderung die Eingliederungshilfe zu entziehen und in Pflegeeinrichtungen abzuschieben, sind zurück zu weisen. Auch im Alter besteht ein Anspruch auf soziale Eingliederung im Sinne der Eingliederungshilfe.

- 2. Innerhalb welchen Zeitrahmens wäre dieses Problem zu lösen?

Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs einer bedarfsgerechten Pflege und Assistenz bei pflegebedürftigen Menschen mit Behinderungen ist umgehendes Handeln der Politik gefordert.